

E.

Im Sturm der Jahre 1951 bis 1955

1. Keine Ruhe an der Schulfront

Am Schluß des Hauptkapitels C wurde in einer Zwischenbilanz schon deutlich gemacht, daß die saarländische Bildungspolitik nach den grundlegenden Entscheidungen der Nachkriegszeit und der dynamischen aber auch sehr unsteten und provozierenden „Ära Straus“ an sich in ein ruhigeres Fahrwasser einmündete. In diesem bildungsgeschichtlichen Gang unterschied sich das Saarland im übrigen kaum von den Ländern in der Bundesrepublik. Wenn sich die schulische Szenerie an der Saar in den Jahren von 1951 bis 1955 von der Entwicklung in der Bundesrepublik dennoch deutlich abhob, so wurde dies vor allem durch den nun aufziehenden Konflikt um die Zukunft der Saar verursacht. Durch ihn wurde die saarländische Bildungswelt unweigerlich in eine eskalierende Politisierung hineingezogen, ein Prozeß, der durchaus gewisse Parallelen zur deutschen Bildungsgeschichte der Jahre 1930 bis 1933 hat, als eine Wirtschafts- und Staatskrise eine eingetretene bildungspolitische Lethargie verstärkte, gleichzeitig aber zu einer ungewöhnlichen Politisierung des öffentlichen Bildungslebens führte¹. Daß es an der Saar in diesem Lebensbereich nach 1951 eine zwar anders motivierte aber ähnlich eigenartige Stimmungslage gab, dies vermittelt uns der Bericht des wegen seiner autonomistischen Neigungen bekannten Senatspräsidenten Zarth an Straus vom 17. 2. 1954. Dort heißt es, ausgehend vom Vorwurf übertriebener bildungspolitischer Zurückhaltung an die Adresse Hoffmanns u. a.:

Er will aber seine Ruhe haben. Er will auch seine Ruhe mit den Lehrern, mit den Lehrerverbänden und auf allen Zuständigkeitsgebieten des Kultusministeriums haben. Das war ja wohl auch der entscheidende Grund, daß er die Funktion des Kultusministers übernahm². Diese Einstellung bedeutet aber nicht nur Stillstand, sondern, das wissen Sie ganz besonders gut, eine Ermutigung für all die, die dagegen sind. Es ist also sicher sehr wahr, daß Sie sich blau und schwarz ärgern würden, wenn Sie hier wären und zwar deswegen, weil Sie erkennen müßten, was zu tun ist und dabei verpflichtet wären, trotzdem nichts zu tun. Als ob das Nichtstun Probleme lösen könnte, das Nichtstun vertagt nicht einmal die Entscheidung über Probleme, sondern ist bereits eine Entscheidung³.

Was Zarth in seinem Report „Entscheidung“ nannte, bezog sich eindeutig auf das kommende Schicksal des Saarlandes und das war, wie bereits mehrmals erwähnt, seit etwa 1950 heftig umstritten. Die Genesis der Saarfrage und ihre Hintergründe sind in der Literatur schon oft und breit abgehandelt und auch in dieser Arbeit immer wieder angeschnitten worden, und da sich das hier behandelte Thema in diesen Rahmen letztlich nur einfügt, sollen sie hier nur thesenhaft und zusammengefaßt aufgelistet werden:

1. Abgelaufen war die Zeit, in der Frankreich in der von ihm beanspruchten Rolle als Mitsieger der alliierten Mächte seine Saarkonzeption im Geist eines *fait accompli* durchsetzen konnte.

¹ Vgl. hierzu J. Erger, S. 233 ff. und H. Küppers, Lehrerverband, S. 53 ff.

² Nach dem Tod von Franz Singer am 22. 7. 1953, der das Kulturressort seit Dezember 1952 geleitet hatte, übernahm Hoffmann dieses Ministeramt.

³ Zarth an Straus vom 17. 2. 1954. Privatakten E. Straus.